

Theologe Raheb: Palästinenser hoffen auf Rückkehr des Tourismus

epd-Gespräch: Stephan Cezanne

Bethlehem/Frankfurt a.M. (epd). Der Tourismus im Heiligen Land leidet sehr unter der Corona-Krise: "Für palästinensische Städte wie Bethlehem und Jericho, die völlig auf den Tourismus angewiesen sind, ist die Situation gravierend", sagt Mitri Raheb, lutherischer Pastor und Präsident der Dar-al-Kalima-Universität für Kunst und Kultur in Bethlehem, dem Evangelischen Pressedienst (epd). In Bethlehem zum Beispiel "arbeiten rund 37.700 Menschen in der Tourismus-Branche, sie sind plötzlich von heute auf morgen arbeitslos geworden".

Raheb rief die Staatengemeinschaft zu mehr Unterstützung auf. Der Ausfall des Tourismus in der Region habe katastrophale Folgen, die "Armut nimmt zu". Die erste Infektion in Bethlehem sei am 5. März entdeckt worden, am gleichen Tag wurde alles für rund drei Monate geschlossen. "Der Tourismus wird wahrscheinlich zwei Jahre brauchen, bis er sich wieder erholt", so der Sozialunternehmer: "In dieser Zeit werden die Menschen in Bethlehem und Jericho kein Einkommen haben."

Vor allem für die Christen, die sehr viel in den Tourismus in der Region investiert haben, ziehe das katastrophale Folgen nach sich, fügte Raheb hinzu. Weil die palästinensische Regierung selbst auf Hilfen angewiesen sei, habe der Staat in diesem Monat nicht einmal Geld, die Gehälter der Beamten zu zahlen. Das Eingeschlossensein sei bei uns Palästinensern zudem nicht nur eine Folge der Pandemie, sondern "ein Dauerzustand unter der israelischen Besetzung".

Der 1962 geborenen Raheb hat in Marburg promoviert. Er setzt sich seit Jahrzehnten für einen gerechten Frieden im Nahen Osten und eine Zwei-Staaten-Lösung für Israelis und Palästinenser ein. Für sein Engagement wurde er mehrfach ausgezeichnet, unter anderem 2015 mit dem Olof-Palme-Preis für internationale Verständigung.

epd cez fu

Uni-Präsident Mitri Raheb: Palästinenser leiden doppelt unter Corona

epd-Gespräch: Stephan Cezanne

Bethlehem/Frankfurt a.M. (epd). Der lutherische Pastor Mitri Raheb aus Bethlehem hat die Staatengemeinschaft zu mehr Unterstützung für die Palästinenser in der Corona-Krise aufgerufen. Der Ausfall des Tourismus in der Region habe katastrophale Folgen, die "Armut nimmt zu", sagte der Sozialunternehmer und Autor in Bethlehem dem Evangelischen Pressedienst (epd). Raheb hat in Marburg promoviert und ist Gründer und Präsident der Dar-

al-Kalima-Universität für Kunst und Kultur in Bethlehem. Er setzt sich seit Jahrzehnten für einen gerechten Frieden im Nahen Osten und eine Zwei-Staaten-Lösung für Israelis und Palästinenser ein. Für sein Engagement wurde er mehrfach ausgezeichnet, unter anderem 2015 mit dem Olof-Palme-Preis für internationale Verständigung.

epd: Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Palästinenser aus?

Mitri Raheb: Für Palästina, wie auch für Israel, spielt der Tourismus eine große Rolle. Für palästinensische Städte wie Bethlehem und Jericho, die völlig auf den Tourismus angewiesen sind, ist die Situation gravierend. In Bethlehem zum Beispiel arbeiten rund 37.700 Menschen in der Tourismus-Branche, sie sind plötzlich von heute auf morgen arbeitslos geworden. Die erste Infektion in Bethlehem wurde am 5. März entdeckt, am gleichen Tag wurde alles für 83 Tage geschlossen. Der Tourismus wird wahrscheinlich zwei Jahre brauchen, bis er sich wieder erholt. In dieser Zeit werden die Menschen in Bethlehem und Jericho kein Einkommen haben. Zudem weiß man nicht, ob es eine zweite oder dritte Welle von Corona geben wird. Vor allem für die Christen, die sehr viel in den Tourismus in der Region investiert haben, zieht das katastrophale Folgen nach sich.

epd: Gibt es finanzielle Hilfen vom Staat?

Raheb: Nein, leider nicht, weil die palästinensische Regierung selbst auf Hilfen angewiesen ist. Der Staat hat in diesem Monat nicht einmal Geld, die Gehälter der Beamten zu zahlen. Daher kann er das nicht machen. Die Menschen wollen in dieser unsicheren Situation auch keine weiteren Darlehen aufnehmen.

epd: Wie wirkt sich das auf das Leben aus?

Raheb: Die Armut nimmt zu. Das merkt zum Beispiel an unserer Dar-al-Kalima-Hochschule für Kunst und Kultur in Bethlehem. Unsere Studenten können selbst die niedrigen Studiengebühren nicht mehr bezahlen. Immer mehr Menschen müssen betteln, Depressionen nehmen zu, weil kein Licht am Ende des Tunnels sichtbar ist. Niemand weiß wirklich, wann die Pandemie zu Ende sein wird, wann der Tourismus wiederbeginnt.

epd: Wie stark sind die Palästinenser-Gebiete von Covid-19 betroffen?

Raheb: Bei der ersten Welle gab es wenig Ansteckungsgefahr, weil die palästinensische Regierung beim Ausbruch des Virus Bethlehem und Umgebung abgeriegelt hat. Über diese drei Monate hinweg hatten wir um die 800 Infizierten, insgesamt vier Tote. Verglichen mit anderen Ländern schneiden wir besser ab, besser als Israel sogar.

epd: Haben Sie andere Länder um Hilfe aufgerufen?

Raheb: Die palästinensische Regierung hat bei den Vereinten Nationen, bei der WHO und anderen Ländern um Hilfe gebeten, um die Pandemie einzudämmen. Wir haben von einigen Kirchen in Deutschland und den USA kleine Hilfen bekommen. Aber die Not bleibt groß, unsere Hochschule zum Beispiel musste Leute entlassen, die Stundenzahl von anderen wurde reduziert, alle Mitarbeiter bekommen jetzt bis Ende August ein halbes Gehalt. Ohne diese schwerwiegenden Maßnahmen hätten wir nicht ohne weiteres überleben können.

epd: Sie sind Mitautor des jüngst erschienenen Buches "The Double Lock Down: Palestine under Occupation and Covid-19" (deutsch: "Die doppelte Ausgangssperre: Palästina unter

Besetzung und Covid-19"). Darin beschreiben sie die besondere Belastung für das palästinensische Volk in der Corona-Krise. Wie sehen diese Belastungen aus?

Raheb: Das Eingeschlossensein ist bei uns Palästinensern ja nicht nur eine Folge der Pandemie, es ist ein Dauerzustand unter der israelischen Besetzung. Eine Stadt wie Bethlehem ist von drei Seiten von einer acht Meter hohen Mauer umgeben. Das ist wie ein großes Gefängnis, ohne eine Genehmigung kann man nicht nach Jerusalem fahren.

epd: Wie bewerten Sie die von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu für Anfang Juli angekündigte Annexion von Teilen des Westjordanlandes?

Raheb: Sollte Israel die Annexion am 1. Juli vollziehen, wäre das katastrophal. Alle Möglichkeiten für einen Frieden würden damit praktisch zunichte gemacht. Das ist rechtswidrig und eine gravierende Verletzung des internationalen Rechts. In anderen Ländern, wo vergleichbares geschehen ist, hat die Staatengemeinschaft mit Sanktionen nicht nur gedroht, sondern diese auch verhängt, etwa gegen Russland in der Krim-Krise im Ukraine Konflikt. Wo Menschenrechte in Frage gestellt werden, muss die internationale Gemeinschaft handeln, und immer mit dem gleichen Maß. Das sieht man jetzt auch in den USA. Es kann nicht sein, dass Weiße mehr Rechte haben und anders behandelt werden als Schwarze. Und das gilt, denke ich, auch für Israelis und Palästinenser. Zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben 6,5 Millionen Juden und 6,5 Millionen Palästinenser. Es geht nicht, dass die eine Gruppe 90 Prozent des Landes kontrolliert. Es geht nicht, dass die einen alle Rechte haben, die anderen rechtlos sind, die einen sich frei bewegen können, die anderen nicht.

epd: Fühlen Sie sich als Palästinenser von der Staatengemeinschaft im Stich gelassen?

Raheb: Manchmal schon. Ich denke oft, dass die Weltgemeinschaft nicht mit dem gleichen Maß misst. Israel wird immer anders behandelt, Israel bildet immer die Ausnahme. Wir als Palästinenser zahlen diese Doppelmoral, leider. Es gibt sehr viele jüdische Israelis, die das genauso sehen. Man muss diese jüdischen Stimmen der Mäßigung, des Ausgleichs und des Friedens stärken und nicht schwächen.

epd cez fu